

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am

01.12.2009

Niederschrift

Gegenstand: Niederschrift vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Marianne Lehr und Herrn Philipp Brandenburger nach den Regelungen der Gemeindeordnung per Handschlag zur Mitarbeit im Ausschuss.

Herr Roskopf beantragt in Abänderung der Geschäftsordnung für die Anwesenden Anwohner zu TOP 5 Rederecht.

Der Vorsitzende räumt den Anwohnern das Rederecht ein.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 06.09.2009:
Unterstützung der Bürger von Speyer-Nord im Kampf für eine
Verbesserung des Lärmschutzes an der Bundesautobahn A 61 und
der Bundesstraße B 9 durch die Durchführung von Klagen für 12
Bürger; Beratung über einen ausreichenden Lärmschutz an der BAB
61 unter Hinzuziehung des Landesbetriebes Mobilität (LBM)
Vorlage: 0101/2009**

Der Vorsitzende erklärt, dass eine Klageführung durch die Stadt für die vom Lärm der BAB 61 und der B 9 betroffenen Bürger formell nicht möglich sei.

Der für Frühjahr 2010 erwartete Planfeststellungsbeschluss soll abgewartet werden. Um zu erreichen, dass der Autobahnausbau dem neuesten Stand der Technik entspricht könnte die Stadt selbst zu gegebener Zeit gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen.

Herr Funk teilt dem Ausschuss mit, dass im bisherigen Verfahren alle gesetzlich möglichen Forderungen an den Straßenbaulastträger gestellt wurden. In direkten Gesprächen mit dem Bundesministerium für Verkehr wird versucht, im Zusammenhang mit dem Ausbau der BAB 61 die beste Lösung für die Anwohner von Speyer zu erreichen.

Herr Sattel führt aus, dass die gesetzlichen Werte Mindestwerte darstellten. Bei Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses müssten Einwände kurzfristig geltend gemacht werden.

Herr Kostic und Frau Lehr informieren den Ausschuss über den Umstand, dass auf der BAB 61, Fahrtrichtung Norden, Höhe Speyer-Nord vor dem Kreuz Speyer die Beschilderung Tempo 100 umgedreht und folglich nicht zu sehen ist.

Der Vorsitzende sagt zu, dieses dem zuständigen Landesbetrieb Mobilität zu melden.

Herr Wierig erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Beschlussempfehlung.

Die Beschlussempfehlung wird bei einer Gegenstimme angenommen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat, den Antrag der BGS abzulehnen.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 07.09.2009:
Einrichtung einer Fahrradstraße am Sportpark, Regelungen des
Fahrradverkehrs im Umfeld des Sportparks
Vorlage: 0103/2009**

Herr Czerny begründet den Antrag.

Herr Mossau erläutert die rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung einer Fahrradstraße und die tatsächliche Situation vor Ort.

Herr Rosskopf schlägt wegen des dort herrschenden Fußgänger- und Radfahreraufkommens vor, das bisher nicht ausgebaute Teilstück der Dr.-Eduard-Orth-Str. in Höhe der Fußballplätze als verkehrsberuhigten Bereich herzustellen. Die bisher dort geplante Überquerungshilfe und auch Bordsteine könnten dadurch eingespart werden.

Herr Zehfuß lehnt den Antrag von B 90/Die Grünen unter Hinweis auf die fehlenden Voraussetzungen ab.

Herr Sattel erkundigt sich nach der Beteiligung von der Verkehrswacht oder dem ADFC. Ergänzend zu dem Antrag seiner Partei weist Herr Sattel auf die Verpflichtung zur Ausweisung einer Fahrradstr. hin, wenn zu erwarten ist, dass die Kapazität des vorhandenen Fahrradweges für die Menge des Radverkehrs nicht ausreicht.

Der Vorsitzende teilt dem Ausschuss mit, dass die Verwaltung diese Verbände nicht beteiligt hat, da feststand, dass die Voraussetzungen der StVO nicht vorliegen.

Herr Scheid zitiert aus einer Studie der Stadt Münster, wonach Busse und LKW dem Wesen einer Fahrradstraße widersprechen.

Herr Czerny betont, dass es Sinn des Antrags war, den Radverkehr als vorherrschende Verkehrsart dort zu etablieren.

Herr Wierig führt aus, dass sich seine Fraktion dem Beschlussvorschlag anschließt.

Er empfiehlt, dass die Fahrradproblematik im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2020 auch hinsichtlich des Eselsdammes Berücksichtigung finden sollte.

Es solle geprüft werden, ob der Gehweg am Eselsdamm auch für Radfahrer nutzbar ist.

Herr Zehfuß schließt sich der Empfehlung von Herrn Wierig an.

Zur Anregung von Herrn Rosskopf zum Ausbau der Straße als verkehrsberuhigter Bereich meldet sich Herr Zehfuß zu Wort. Die Verwaltung solle prüfen, ob dies unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohner möglich sei.

Herr Rosskopf betont, dass die Gestaltung der Fläche als verkehrsberuhigter Bereich vermutlich weniger Kosten verursache als der Bau einer herkömmlichen Straße mit Fahrbahn und Gehweg.

Beschluss:

Aufgrund der verwaltungsrechtlich fehlenden Voraussetzungen kann der Straßenzug Dr.-Eduard-Orth-Straße und Raiffeisenstraße nicht in eine Fahrradstraße umgewidmet werden.

Die Gesamthematik Fahrradverkehr soll in den Verkehrsentwicklungsplan 2020 (Kapitel IV Förderung des Radverkehrs) aufgenommen werden. In dem Rahmen soll konkret geprüft werden, ob der Gehweg der Straße „Eselsdamm“ auch von Radfahrern genutzt werden kann.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Dr.-Eduard-Orth-Straße im Bereich der Sportanlagen als verkehrsberuhigter Bereich hergestellt werden kann.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Anträge der BGS-Stadtratsfraktion v. 04.09.2009:
3.1 Errichtung eines Halbrundspiegels an der Einmündung der Straße "Am Sandhügel" in die Waldseer Straße zur Erhöhung der Übersichtlichkeit und Verkehrssicherheit
3.2 Errichtung eines Halbrund- oder Knickspiegels an der Einmündung der Straße "Am Woogbach" in die Burgstraße zur Erhöhung der Übersichtlichkeit und Verkehrssicherheit
Vorlage: 0104/2009

Herr Zander erläutert die Ergebnisse der Verkehrsschau mit der Kleinen Verkehrskommission, die an den beiden Einmündungen stattgefunden hat.

Herr Zander erklärt den rechtlichen Hintergrund der Anordnungen der Straßenverkehrsbehörde.

Die Prüfung der dortigen Situation hat ergeben, dass beide Kreuzungen keine Unfallschwerpunkte sind.

Aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde besteht kein Erfordernis für die Anordnung von Verkehrsspiegeln.

An der Einmündung Burgstr./Am Woogbach hat die Behörde die Anregung aufgenommen und an der Burgstraße eine Grenzmarkierung angebracht, sodass die Sichtbeziehung erheblich verbessert wurde.

Herr Kostic fordert eine bessere Markierung des Radweges in der Waldseer Str., der die Straße Am Sandhügel kreuzt.

Herr Zander bestätigt, dass dies eine Lücke im Radwegenetz darstelle, die Markierung durch das Land als Straßenbaulastträger jedoch an den Kosten gescheitert sei.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Verkehrssituation Paul-Egell-Straße
Vorlage: 0102/2009

Herr Zander erläutert die Veränderungsmöglichkeiten im Teilstück zwischen Closweg und Kreisel. Entweder würde eine Vielzahl von Parkplätzen für die Anwohner wegfallen oder der bestehende Radweg müsste entfallen. Die Situation sollte deshalb ganzheitlich im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2020 betrachtet werden. Daraus ergibt sich möglicherweise eine andere Lösung, die derzeit noch nicht gesehen wird.

Herr Di Naro schlägt vor, eine entsprechende Markierung auf dem Gehweg der nördl. Straßenseite anzubringen, sodass wie bei dem Teilstück in Höhe Nothhelfer die PKW halbseitig auf dem Gehweg parken könnten.

Zudem sollten die Fahrbahnmarkierungen erneuert werden.

Herr Czerny schlägt vor die weitere Entwicklung bezüglich Verkehrsaufkommen durch LIDL für einige Monate abzuwarten.

Frau Spoden lehnt ein Zuwarten ab. Sie weist auf die Situation im Zusammenhang mit dem Busverkehr in einem anderen Bereich der Straße hin. Der Begegnungsverkehr mit den Bussen erzwingt das Befahren des Gehweges mit PKW.

Der Vorsitzende wiederholt, dass die Situation im VEP betrachtet werden sollte, um zu einer für alle Seiten guten Lösung zu kommen.

Herr Sattel erkundigt sich, ob zeitlich befristete Veränderungen in Erwägung gezogen werden.

Herr Zander erklärt, dass den Anwohnern für wegfallende Parkplätze Alternativen angeboten werden müssten. Die Ausweisung von zusätzlichen Parkplätzen sei in dem Wohngebiet jedoch nicht möglich. Zunächst sollte eine Gesamtbetrachtung erfolgen. Danach wären die Anwohner in den Prozess mit ein zu beziehen.

Herr Zehfuß stimmt dem Vorschlag von Herrn Zander zu.

Herr Roskopf bestätigt, dass erst die Fakten –möglichst zeitnah- festgestellt und anschließend die Veränderung vorgenommen werden sollte.

Herr Wierig stellt fest, dass die Betrachtung und auch Lösung für die Situation in der Paul-Egell-Str. zeitnah erfolgen sollte. Er betont, dass die Paul-Egell-Straße im VEP 2020 als Schwerpunkt Berücksichtigung finden solle.

Beschluss:

Innerhalb der anstehenden Verkehrsentwicklungsplanung wird eine flächendeckende Schwachstellenanalyse der Verkehrssituationen in Speyer durchgeführt werden. Hier erfolgt auch eine ganzheitliche Betrachtungsweise der verkehrlichen Rahmenbedingungen. Es sollten daher unter diesem Gesichtspunkt keine Einzelaktionen im Vorfeld durchgeführt werden, sondern eine sorgfältige Betrachtungsweise aller Aspekte. Ein Ausdünnen der Parkstände und damit das Akzeptieren von Stellplatzverlusten geht an der aktuellen Bedarfslage der Bewohner vorbei und sollte ohne das Aufzeigen von alternativen Parkmöglichkeiten unterbleiben.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

**Gegenstand: Verkehrsführung und Maßnahmen der Verkehrsberuhigung im
Bereich Kaserne Normand
- wegen des Bürgergesprächs am 19.11.2009 wird zu dem Thema eine
Tischvorlage erstellt.
Vorlage: 0107/2009**

Der Vorsitzende fasst die Historie zu der Verkehrs- und Straßenplanung im Gebiet Kaserne Normand zusammen.

Herr Zander berichtet von der Anwohnerversammlung am 19.10.

Die Anwohner möchten die Verkehrssituation neu überprüft wissen. Fremdverkehre sollen ausgeschlossen werden. Deshalb sollen alle Bereiche als verkehrsberuhigte Bereiche ausgestaltet werden. Weiterhin sollten im Verkehrsraum möglichst wenige Stellplätze ausgewiesen werden, um den Parkverkehr gering zu halten.

Herr Roskopf bemerkt, dass vor allem die Hans-Stempel-Str. als verkehrsberuhigter Bereich ausgestaltet werden sollte.

Herr Wierig schlägt vor, dass die Kosten der einzelnen Alternativen im Rahmen der nächsten Beratung des Themas in diesem Ausschuss vorgestellt werden sollten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Stadt die Straßenherstellung derzeit nicht fortsetzt. Gemäß ursprünglicher Beschlusslage sollten die Straßen als Tempo 30-Zonen ausgewiesen werden. Vermutlich im Jahre 2011 werde festgelegt werden können, welche Straßen als verkehrsberuhigte Bereiche realisiert werden sollen. Die Herstellung als verkehrsberuhigter Bereich erfordere dann einen erneuten Beschluss des Bau- und Planungsausschusses.

Die voraussichtlichen Herstellungskosten der einzelnen Alternativvorschläge sollen in der nächsten Behandlung des Themas in diesem Ausschuss genannt werden.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Information über erforderliche Baumfällungen 2009/2010
Vorlage: 0106/2009

Herr Schwendy erläutert die Vorlage anhand von Fotos einiger Bäume.

Herr Czerny stellt fest, dass laut Vorlage mehr als 200 Bäume von Fäll- oder massiven Rückschnittmaßnahmen betroffen sind.

Herr Czerny erkundigt sich nach der Möglichkeit, dass Mitglieder der Umweltverbände die Begutachtung begleiten könnten.

Des Weiteren seien Bäume, die im Zuge von Baumaßnahmen gefällt werden müssen, nicht in der Liste aufgeführt.

Er bittet künftig um eine Ergänzung hinsichtlich der jeweiligen Bäume, die nachgepflanzt werden.

Herr Schwendy kann dies aus Gründen der zeitlichen Abläufe nicht zusagen.

Die Begutachtung sei sehr zeitaufwändig, die Verantwortung für die Verkehrssicherheit der Bäume liege bei der Verwaltung.

Die Bäume, die wegen Baumaßnahmen gefällt werden müssen, sind in der Regel in der Beschlussfassung zu der Baumaßnahme berücksichtigt und vom Rat bzw. Bau- und Planungsausschuss bereits beschlossen.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
01.12.2009

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr 01.12.2009 **Frank Scheid**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!